

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal exkl. Postgeb. Man abonniert bei allen Zeitungs-Redaktionen und Postämtern, sowie in der Expedition.

# Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition: A. Dietrich, Stuttgart, Gendarmenstraße 30.

Inserate pro Spaltige Zeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf.

Printenanzeigen in der Zeitung in Briefmarken bewilligen, ansonsten der Nachdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergeräthwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 13.

Stuttgart, Sonnabend den 30. März 1895.

11. Jahrgang.

## Technische Revolution und Sozialpolitik.

F. H. Was noch vor kurzer Zeit als eine Lobfunde gegen den Geist des herrschenden Manchesterthums erschien, erlangt jetzt immer mehr soziale Bedeutung. Das Prinzip des strikten Individualismus wird durchbrochen und die Gesellschaft als Ganzes gewinnt über die Summe von Einzelindividuen mit ihren Sonderinteressen die Macht. Ohne auf das Geschick des Unternehmertums zu achten, greift die Gesellschaft in den Produktionsprozess ein. Das geschieht nun allerdings nicht freiwillig, sondern aus Furcht vor dem immer mächtiger werdenden Organisationen der Arbeiter. Ja sogar die Besitzenden selbst beschäftigen sich mit Sozialpolitik, um hin und wieder ein Rezept zu entdecken, nach welchem die Lösung der sozialen Frage möglich sein soll.

Die Gesellschaft sucht die Arbeitszeit zu regeln, um der Ausbeutung der Besessenen Schranken zu setzen, man schuf das Institut der Fabrikspektoren und ähnliche Einrichtungen, welche aber leider, mögen sie noch so gut gemeint sein, in den meisten Fällen wirkungslos sind.

An dem Mangel der sozialen Reformgesetzte ist die Nichtbeachtung oder Geringschätzung irgend einer Phase des wirtschaftlichen Lebens schuld. Der eine oder andere Widerstand des Mittels wird nicht in die Rechnung gezogen, und darum stützt diese nicht. Ein solcher bei der sozialen Politik selten in Rechnung gezogener Faktor ist die Technik.

Für den Techniker sind die Arbeiter in den meisten Fällen nur Maschinen, die demzufolge auch als solche betrachtet und behandelt werden. Und während andererseits die Sozialpolitiker die Technik nur als untergeordnete Hilfswissenschaft betrachten, ist sie in Wirklichkeit ein ganz bedeutendes Hilfsmittel der Produktion, auf welche der Unternehmer, da sie im Stande ist, seinen Gewinn zu vergrößern, viel mehr Werth legt, als auf die Sozialpolitik, die ihn an der schrankenlosen Ausbeutung seiner Arbeiter hindert, also seinen Profit schmälert.

Daher kommt es, daß die Sozialpolitik in dem Techniker meistens ihren ausgesprochenen Gegner findet, der durch seinen Widerstand die sozialpolitischen Bestrebungen zu nichte macht. Der Techniker fühlt sich als eigentlichen praktischen Arbeiterge und blickt mit heimlichem Groll auf den theoretischen Sozialpolitiker.

Will die Sozialpolitik mehr Erfolge als bisher erringen, so muß sie zunächst der Technik größere Bedeutung schenken, um zu erkennen, daß es meistens die Technik ist, welche die wirtschaftlichen Umwälzungen und Krisen veranlaßt.

Als die Manufakturen und Großbetriebe im Aufblühen begriffen waren, trat diese Tatsache viel mehr hervor, als in unserer Zeit. Die erste Maschine — sagt Kaffka — war bereits an und für sich eine Revolution, denn sie trug in ihren Röhren und Rädern, so wenig ihr dies auch bei der äußerlichen Betrachtung anzusehen gewesen wäre, bereits im Keime den ganzen auf die freie Konkurrenz gebauten neuen Zustand der Gesellschaft in sich. Die Arbeiter sahen in den Maschinen ihren Feind, der sie brotlos machte und in elementarem Drange zerstreuen sie die Maschinen und steckten die Fabriken in Brand. Selbstverständlich zwecklos. Wenn sie eine Fabrik verbrannt, eine Maschine zerstört hatten, wurden zwei neue gebaut und der Hunger trieb sie noch obenrein in die Fabrik hinein.

In jener Zeit verachteten Klippen, unter dem Eindruck der Nachteile des Maschinenwesens, eine Gesellschaftsform zu finden, die alle beglücken sollte. Jene Theoretiker haben die willkürliche Anweisung der Maschinen durch einzelne Besessene, sie erkannten, daß die Fabrikarbeiter der Macht der Unternehmer, die ausschließlich Eigenthümer der Arbeitsinstrumente, ganz preisgegeben sind. So gelangten sie dann zu dem Wunsch nach einem Idealstaate, in welchem die Gesellschaft selbst die ganze Produktion in die Hand nehmen sollte, um dann Arbeit und Gewinn gerecht zu vertheilen. Im Gegensatz zu diesen, meist von Franzosen gemachten Vorschlägen verlangen die Deutschen und namentlich die Engländer schon im Beginne dieses Jahrhunderts Arbeiterausgesetze, welche auch zum kleinen Theil nach und nach errungen wurden.

Das aber in allen Kulturstaaten an sozialpolitischen Maßregeln durchgeführt wurde, beschränkt sich zumeist auf Arbeitererschutz im Fabrikbetriebe; kurz, es drehte sich doch um Anfang dieses Jahrhunderts an der sozialpolitische Kampf um die

Maschinen, und es beziehen sich fast alle Reden und Schriften nur auf die durch die moderne Maschinenteknik herbeigeführten sozialen und Arbeiterzustände. Und doch hat die Technik, die Ausnützung der Naturkräfte für menschliche Arbeit, immer bestanden.

Der Fortschritt der Technik ist es, der immer und überall eine ganze Reihe von Gütern entwerthet hat. In den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts erfand Hargreave die Spinnmaschine, die Jenny. Dieser Erfindung folgte die Erfindung Spinnung-Erfindung Artwright's hart auf dem Fuße. Beide Erfindungen vereinigte Crompton in seiner Mule miteinander. Die neuen Spinnmaschinen fanden nun gewaltige Motoren in den doppelwirkenden Dampfmaschinen Watt's. Unter dem Einflusse der mechanischen Spinnerei bürgerten sich in der Weberei, Weberei u. vollständig neue Arbeitsmethoden ein, die alten wurden entwerthet.

Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Spinnerei, sagt Marx in seinem „Kapital“, „bedingt ihre Umwälzung in der anderen.“ Daher vollzieht sich jetzt eine wahre Revolution in allen Betriebsweisen, an der sich eine totale Umgestaltung der überkommenen Besitzverhältnisse anschließt. Der Kleinmeisterstand unterliegt im industriellen Weltkampfe dem Großbetriebe. Die Gesellschaft scheidet sich in Besessene und Besigloze, und letztere finden ihre Arbeitsmittel in fremden Händen als Kapital aufgehäuft. Sie müssen deshalb, da sie nichts zum Arbeiten und zum Leben haben, ihre Arbeitskraft, ihr letztes Besitzthum, auf dem Arbeitsmarkt an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen.

Aus diesem Verkaufe ergibt sich das ganze Elend der Arbeiterklasse. Wenn nun aber auch zu diesen Umwälzungen in den Besitzverhältnissen die Technik den eigentlichen Anstoß gab, so erfolgt doch daraus keineswegs, daß man, um weitere Ungerechtigkeiten und Ausbeutungen der Arbeiter zu verhüten, den technischen Fortschritt hindern soll; — aber die Rücksicht auf diesen Fortschritt darf auch nicht größer sein, als die Rücksicht auf den Menschen. Es ist ein Grundrührum der bürgerlichen Nationalökonomie „des Industrial-systems“, daß sie jeden technischen Fortschritt an sich schon als eine Wohlthat für die Menschheit ansieht.“ Erst dann ist ein solcher Fortschritt eine Wohlthat, wenn in den gesellschaftlichen Einrichtungen Vorkehrungen getroffen worden ist, gegen die in der individualistischen Produktion mit fast jeder Erfindung, Erfindung und Neuordnung der Arbeitsmethoden eintretende Schädigung der Nichtbesessenen, der Arbeiter.

Der Techniker, der im Grunde mit dem Sozialpolitiker in dieser Beziehung vielleicht etwas für die Arbeiter schaffen könnte, ist im Dienste des Kapitals, dessen Interessen und Privilegien er zu schützen und zu verteidigen sucht. Das Großkapital aber hat von jeher Alles getan, um auch das geringste bürgerliche Sozialreform illusorisch zu machen. Wären nicht die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter und hätten diese nicht fortgesetzt energisch gesellschaftlichen Schutzes für die Arbeiter verlangt, die Regierung hätte sich heute noch nicht beunruhigt, die Sozialreform zu betreiben. Der Thätigkeit der Arbeiterorganisationen ist es zu danken, daß alle Parteien sich der sozialen Frage zuwenden mußten.

Die Thronrede, mit der am 15. Februar 1881 der Reichstag eröffnet wurde, sagte, der Kaiser lege die Zuversicht, daß der Reichstag seine Mitwirkung zur Heilung sozialer Schäden im Wege der Gesetzgebung nicht versagen werde. Und in der Begründung zum Unfallversicherungs-gesetz, das 1881 dem Reichstag zugeführt, hieß es: es sei eine Aufgabe staatsrechtlicher Politik, auch in den bedürftigen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wichtigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine notwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung ist. „Zu dem Zwecke müssen sie durch erkennbare direkte Vortheile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu Theil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht allein als einen lediglich zum Schutze der besitzenden Klassen der Gesellschaft erkundend, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution anzufassen. Das Bedenken, daß in der Gesetzgebung, wenn sie dieses Ziel verfolgt, ein sozialistisches Element eingeführt werde, darf von der Betretung dieses Weges nicht abhalten.“

Warum aber die Regierung sozialistische Forderungen scheinbar erfüllte, das verräth die

Antwort, welche Bismarck einem sozialistischen Abgeordneten gab, und in welcher er es offen aussprach, daß nur die Furcht vor den Arbeitern und ihren Organisationen die Sozialreform ins Leben rief; eine Sozialreform, die nur zum Zweck hatte, die Arbeiter von ihrem Bege abzulenken.

Das erkannten die Arbeiter, indem sie durch die Wahlen von 1890 und 1893 ihre Zweifel an der so lebhaft betonten Arbeiterfürsorge der Regierung ausbrühten. Der Jubelruf, welchen damals einzelne Blätter der bürgerlichen Parteien ausließen: „Wir leben im Zeitalter der Sozialreform“, ist verstummt. Die Zeiten haben sich geändert. Noch vor nicht allzulanger Zeit predigte man die Arbeiterfürsorge in allen Tonarten, sprach man von einem Ausgleich der sozialen Gegensätze, und nun ertönt plötzlich der Ruf: „Auf zum Kampfe gegen den Umsturz!“

Die staatsrechtlichen Parteien haben den Arbeitern wieder einmal den Beweis geliefert, daß sie niemals ernstlich daran dachten, die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren. Die scheinbar verständliche Stimmung ist verschwunden, es weht jetzt ein anderer Wind, der zum Zeitalter der Sozialreform durchaus nicht passen will. Die Regierung und sämtliche Ordnungsparteien haben den Kampf für die „heiligsten Güter der Nation“ übernommen, wer hätte von ihnen deshalb wohl Zeit, gerade jetzt an den immer stärker werdenden Widerspruch zwischen der technischen Revolution der Neuzeit und der Sozialpolitik zu denken! —

## Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Zeit einigen Wochen liegt der Thätigkeitsbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für das zweite Halbjahr 1894 vor. Es dürfte die Kollegenchaft interessieren, einiges über die Zusammenfassung, Aufgabe und Thätigkeit dieser Körperschaft zu hören und geben wir im folgenden eine Skizze darüber, dabei gleichzeitig auch das erste Halbjahr 1894 berüchtlichtigend.

Den Anstoß zur Errichtung der Kommission gab die Forderung der Arbeiterausstände vom Jahre 1890. Man hatte die Erfahrung gemacht, daß viele dieser Streiks ohne genügende Vorbereitung begannen wurden und daß insbesondere die Ausbringung der Mittel zu ihrer Durchführung eine durchaus unzureichende war. Allgemein wurde als Mangel empfunden, wenn gleichzeitig eine ganze Reihe von Gewerken an die Sperrmöglichkeit der Genossen appellirte und, wie dies hier erklärt, dann eine Streikergruppe relativ nur unterrichtet wurde (es ist vorzuziehen, daß Arbeits-einstellungen ohne Mittel begonnen und mit einem Ueberzuck endeten), während eine andere, deren Forderungen vielleicht dringlicher waren, materielle Beihilfe nur im bescheidenen Maße erhielt. Diesem Mangel abzuhelfen und überhaupt eine Kontrolle über Ausbruch und Verlauf von Arbeitseinstellungen auszuüben, wählten eine Reihe von Gewerken Delegirte, die bei ihrem Zusammentreten sich den Namen Streikerkontrollkommission gaben.

Deren Thätigkeit war indes noch enger begrenzt gedacht, als der Name bezeugte. Denn ein Recht zu bestimmen, ob und wann eine Arbeitseinstellung stattfinden dürfe, bestand nur mittelbar: vermöge der Verpflichtung jedes Gewerkes, vor Ausbruch eines Streiks die Genehmigung der Kommission nachzusuchen, falls die Mittel der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden sollten. Vielfach wurde aber selbst diese Bestimmung nicht eingehalten.

Dank der geschickten Leitung der Kommission traten indes bald andere Aufgaben an sie heran. So die Organisation und Zuteilung der Verufe bei der Gewerkegerichtsreform, die Aufgabe, Vermittler und Schiedsrichter bei Arbeitsstreitigkeiten zu sein, die Pflege der Propaganda in Verufen, welche schwache oder gar keine Organisation besitzen u. Entsprechend der Erweiterung ihrer Funktionen wählte die Kommission die Benennung: „Berliner Gewerkschaftskommission.“ Zur besseren Ausführung der vermehrten Arbeiten wurde ein händiges Bureau errichtet, ein Beamter beauftragt, der Kostenanschlag betrug 3160 Mk., gebraucht wurden im ersten Jahre (1894) nur 2143,35 Mk. Die Vorbereitung des internationalen Bergarbeiterkongresses vom 14.—19. Mai lag der Kommission ob.

Die Feier des 1. Mai wurde von den Gewerkschaften zum ersten Male allgemein begangen. Die Kommission berief am Vormittag 8 Gruppen-Veranstaltungen für 59 Verufe und 8 Veranlassungen einzelner Gewerke ein, desgleichen am Nachmittage 5 Veranstaltungen einzelner Verufe. Durch Arbeitseinstellungen feierten rund 12000 Arbeiter. Bekannt ist, wie für die Betöcher und Brauer diese Feier indirekt zum Anlaß einer Aussperrung wurde. Die Kontrolle über die für diese Aussperrung aufzubringen Gelder betrug über 155 148,30 Mk. Einnahme und 143 735 Mk. Ausgabe. Bis auf eine Verweigerung auswärtiger Gewerkschaften in Höhe von 366 124 Mk. wurde die Einnahme lediglich in Berlin auf-

gebracht. Auch 9 Zinfingern brachte die Meißner einen Streik.

Weiter sind zu erwähnen: Der Streik der Droschkentreiber, veranlaßt durch eine Vollzeiterhöhung, laut welcher die Parameter-Droschkentreiber weisse Hüte tragen sollten. Theilhaftig waren 538 Kutscher, darunter 444 Verbeirathete mit 888 Kindern. Der Streik dauerte einen Monat und ging verloren. Der Streik der Arbeiterjahrgänge in 5 Schuhfabriken. Theilhaftig waren 224 Beschäftigte, darunter 20 Frauen. Verbeirathet waren 109, die Zahl der Kinder betrug 79. Gefordert wurde: Abänderung der Arbeitsordnung, Herstellung von Umkleieräumen und Klosets für beide Geschlechter und eine 15—25-prozentige Lohnerhöhung. Der Streik dauerte neun Wochen. Die Lohnerhöhung wurde in zwei Forderungen vollständig, in einer theilweise erzielt, die übrigen Forderungen wurden durchwegs erreicht.

Einen siegreichen Streik führten 70 Arbeiter einer weiteren Schuhfabrik durch wegen Zurücknahme von Lohnföhrungen.

22 Bildhauer der Firma Schilling erzwangen durch 12wöchentlichen Streik die Umwandlung der Akkord- in Lohnarbeit bei einem Minimallohn von 6 Mk. per Tag.

520 Arbeiter der chemischen Fabrik von Kuhnheim in Niederschönewitz bei Berlin streikten um eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für Tagelohn und 20 Prozent für Akkordarbeit, sowie für Verbesserung der Waschl- und Badeeinrichtungen. Die Ausständigen waren nicht organisiert und lehrten, obgleich Geldmittel genügend zur Verfügung gestellt wurden, nach acht Tagen zur Arbeit zurück. Der 3fache Millionär Kuhnheim bewilligte nur die Verbesserung der Badeeinrichtungen; 250 Mk. werden auch ferner als Tagelohn bezahlt. — Weiter streikten 55 Glasbleicher und abermals 146 Arbeiter einer Schuhfabrik. 130 Galanteriemaler legten die Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, sowie andere wichtige Forderungen durch; desgleichen die Weißgerber. Die Musikinstrumentenmacher befanden sich noch im Streik, während mehrere andere Verufe auf eine günstige Zeit verwiesen wurden.

Die Kommission wendet sich mit scharfen Worten gegen die Streikmanie der Arbeiter in Schuhfabriken. Es muß in der That standals genannt werden, wenn deren Vertheiligung (die wegen zu hohem Beitrag des Schuhmacherverbandes sich diesem nicht anschließen) 15 Pf. Monatsbeitrag erhebt und dabei fortgesetzt nach der Hilfe der gesamten Arbeiterchaft ruft. Diefem Gebahren ist namentlich ein Riegel vorzulegen, indem nur noch solche Streiks unterstützt werden, die vorher der Kommission zur Begutachtung vorgelegt wurden. Und nach den gemachten Erfahrungen sanktionirt dieselbe nur Streiks in organisierten Verufen.

Im Bureau der Kommission erfolgt zu bestimmten Stunden Auskunftsertheilung in gewöhnlichen Streitigkeiten und Nebenklagen. Im ersten Halbjahr machten 2233 Personen hiervon Gebrauch, im zweiten Halbjahr wurden nur die wichtigsten Fälle angemert (521). Auffällig ist das Anshwellen der Zahl der Rathsuchenden in den Monaten mit geringer Arbeitsgelegenheit; im Januar waren es 778, im Juni nur 151. Der Bericht erklärt diesen Umstand so: „Es ist bestimmt anzunehmen, wenn der Arbeiter ohne Beschäftigung, arbeitslos ist, daß er dann die Zeit der Arbeitslosigkeit ausnützt, um seine Forderungen gegen ehemalige Arbeitgeber vor den Gerichten geltend zu machen. Außerdem trifft auch das zu, daß es in Zeiten des Arbeitsmangels die pekuniären Verhältnisse des Arbeiters geberichtlich verlangen, daß er alle Forderungen gegen die Unternehmer vor den Gerichten geltend machen muß. Sowie die Arbeitsgelegenheit sich mehrt, nahm der Besuch des Bureaus aus dem Grunde ab, weil der Arbeiter in den weitaus meisten Fällen lieber auf seine an sich berechtigten Forderungen verzichtet, als durch Erheben der Klage gegen den Unternehmer seine Arbeit zu veräumen.“

Gleich den Gewerkegerichtsbeisitzern (die Wahlen zum Gewerkegericht wurden beide Male mit bestem Erfolg von der Kommission geleitet) trat auch die Kommission der Frage eines kommunalen Arbeitsnachweises wiederholt näher. Es vermitteln nach einer Enquete der Kommission in Berlin kostenfrei Arbeit 83 Arbeitsnachweise von Arbeiter- und 53 von Unternehmerorganisationen. Daneben bestanden aber 353 private Stellenvermittlungen, die je nach dem Aussehen und der Zahlungsfähigkeit des Dyfers 0,20—1 Mk. als Gebühr erheben. Selbst in Unternehmerkreisen empfanden man die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes. Am 7. Dezember 1893 stellte nun die Kommission an den Magistrat den Antrag auf Errichtung eines kostenfreien, kommunalen Arbeitsnachweises, und am 4. November 1894 langte endlich eine Antwort an — natürlich ablehnend. Anders kann man auch von den Manchesterbezugsen des Berliner Magistrats nicht erwarten. Die Kommission beschwert sich in bitteren Worten über eine solche Behandlung dieser immerhin wichtigen Sache.

Wiedrich hat sich die Kommission über das Kontrollmarkensystem in zunehmendem Maße ausgesprochen; der jüngste Willensausdruck vom 31. August in Form einer Resolution hat folgenden Wortlaut:



Mitgliedschaften erörtern die Klagen über Lohnreduktionen, und überall sind das nicht einzelne Ver-

diese Erörterungen schon lange und eingehend genug gepflogen sind, und im übrigen ja auch jede Ver-

Korrespondenzen.

Und sind wir denn auf diesen Kampf gerüstet? Ist unsere Munition, die wir so dringend bedürfen,

genügend angefüllt? Mit nicht! Nach zehnjährigen Bestehen un-

Eine Erhöhung unserer Verbandsbeiträge von 25 auf 30 Pf. ist aber mit 987 gegen 270 Stimmen

Die Anträge, welche den Mittelweg wählten wollten, die nicht der Hannover'schen Vorlage zu-

Nun wird zwar behauptet, der Antrag Hamburg-Stuttgart werde die große Mehrzahl ver-

Ein Sperlung auf der Hand ist aber besser, als eine Taube auf dem Dache! Das finanzielle Re-

Mag nun die Entscheidung fallen! Möge sich aber jeder Kollege noch einmal recht gewissenhaft

Bald, nachdem man festgesetzt hat seinen Namen, seine Heimat,

Diese mag das sein, was ich trösten, bis des Himmels lüze Freuden

Nein, des Gutesherin holde Tochter wird zur ew'gen Ruh' bestattet,

Die erloschenen Lebensgeister flackerten noch einmal wieder;

Weit und breit kam man zur Feier; hier Pastoren aus der Runde

Feine Damen, weiße Herren kamen zu dem Trauerfeste;

Durch die ganze Festgesellschaft ging ein Geist des Unbehagens.

Stuttgart. Die Feier des ersten Mai veran-

Die Leitung der hiesigen Mitgliedschaft wird be-

Leipzig. Am 9. März referierte hier in einer

Bald, nachdem man festgesetzt hat seinen Namen, seine Heimat,

Diese mag das sein, was ich trösten, bis des Himmels lüze Freuden

Nein, des Gutesherin holde Tochter wird zur ew'gen Ruh' bestattet,

Die erloschenen Lebensgeister flackerten noch einmal wieder;

Weit und breit kam man zur Feier; hier Pastoren aus der Runde

Feine Damen, weiße Herren kamen zu dem Trauerfeste;

Durch die ganze Festgesellschaft ging ein Geist des Unbehagens.

Ob wohl dieses mein tekel Manchen zur Erkenntnis brachte?

Ebenso ist es in anderen Gewerkschaften. Das Ziel der graphischen Arbeiter sei das Kartell, und zwar in dem Sinne, wie es auf dem Halberstadter Kon-

In der Diskussion ergriff zunächst Stolze Kloth das Wort. Von einem Obersten der Krone Preußens wurde einmal gesagt: „Mit einem schlechten Heer

In der Diskussion ergriff zunächst Stolze Kloth das Wort. Von einem Obersten der Krone Preußens wurde einmal gesagt: „Mit einem schlechten Heer

Die Unternehmung machen bereits ihre Glieder über eine solche Organisation, sie scheinen sehr wenig davon zu halten.

Kollege Müller referiert aus, daß die Anregung zu einem Kartell zur Zeit der Blüthe gegeben sei. Die Verwirklichung sei mit Freude zu begrüßen.

Kollege Brandmaier unterbreitet die Ausführungen des Referenten vollständig. Die Buchdrucker könnten in dieser Frage aus praktischer Erfahrung

Kollege Schüttel fordert die jüngeren Verbandsmitglieder, welche noch im Fradener sind, auf, dort auszutreten und sich nur dem Verband zu widmen.

Kollege Wachner tritt für die Aufnahme der weiblichen Mitglieder ein, indem er auf einen Aus-

Kollege Rempler führt aus, daß wir in unserem Gewerbe nicht so hoch stehen können, es müsse

Kollege Brandmaier weist nochmals darauf hin, daß ohne praktische Schritte es niemals ein Ganges

Kollege Schmidt fordert auf, in der Familie für die Frauen zu agitieren.

Kollege Kloth legt Gewicht darauf, daß alle Lohnrückdrücken in der Zeitung bekannt gemacht werden.

Herr Galsch freut sich, daß Kloth nur eine Art Reklamentüftung bekämpfen wolle; diese Rivalität

eine Einigung zwischen den Leipziger Buchbindern herbeigeführt werden. In Bezug auf Einführung der Schmachlinie begt er keine Bedenken, die Unter-

Inzwischen ging folgende Resolution ein: „Die heutige öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder des Verbandes der Buchbinder

Unter Gewerkschaftliches fordert Krenppler auf, die Verträge, welche zu Otern austreten, schon jetzt auf den Verband aufmerksam zu machen.

Düsseldorf. Am 4. März fand im oberen Saale des Herrn Kornweibel, Breitestraße 15, eine

Die Unternehmung machen bereits ihre Glieder über eine solche Organisation, sie scheinen sehr wenig davon zu halten.

Kollege Müller referiert aus, daß die Anregung zu einem Kartell zur Zeit der Blüthe gegeben sei. Die Verwirklichung sei mit Freude zu begrüßen.

Kollege Brandmaier unterbreitet die Ausführungen des Referenten vollständig. Die Buchdrucker könnten in dieser Frage aus praktischer Erfahrung

Kollege Schüttel fordert die jüngeren Verbandsmitglieder, welche noch im Fradener sind, auf, dort auszutreten und sich nur dem Verband zu widmen.

Kollege Wachner tritt für die Aufnahme der weiblichen Mitglieder ein, indem er auf einen Aus-

Kollege Rempler führt aus, daß wir in unserem Gewerbe nicht so hoch stehen können, es müsse

Kollege Brandmaier weist nochmals darauf hin, daß ohne praktische Schritte es niemals ein Ganges

Kollege Schmidt fordert auf, in der Familie für die Frauen zu agitieren.

Kollege Kloth legt Gewicht darauf, daß alle Lohnrückdrücken in der Zeitung bekannt gemacht werden.

Herr Galsch freut sich, daß Kloth nur eine Art Reklamentüftung bekämpfen wolle; diese Rivalität

Nach vollzogener Wahl dankte der leitende Vor-

